Israels Botschafterin Ifat Reshef: Die Täter-Opfer-Umkehr ist beunruhigend

Die internationale Gemeinschaft und auch die Schweiz können etwas zum Ende des Kriegs in Gaza beitragen. Ein Gastkommentar von Israels Botschafterin Ifat Reshef.



Ifat Reshef ©Israelische Botschaft Israelische Botschaft

Die beispiellose weltweite Solidarität mit Israel nach den schrecklichen Massakern vom 7. Oktober verflog viel zu schnell, als Israel begann, gegen die Hamas in Gaza zurückzuschlagen. Dies hängt mit einer gut organisierten antiisraelischen Propagandakampagne zusammen, die den Hamas-Angriffen vorausging.

Es ist besonders beunruhigend, wie gut es professionellen Israelhassern und Antisemiten gelungen ist, die Herzen und Köpfe junger, idealistischer Menschen im Westen zu gewinnen und sie mühelos dazu zu bringen, das Schlimmste über Israel zu glauben – bis hin zu skandalösen Anschuldigungen des Genozids.

Israel wurde in diesen Krieg gegen die Hamas-Terroristen gezwungen, um sein Volk zu verteidigen. Israel hegt nicht den Wunsch, Palästinenser zu töten – im Gegenteil, es ist das erklärte Ziel der Hamas, alle Juden umzubringen, das heisst, einen Völkermord zu begehen. Jeder, der «Free Palestine from the River to the Sea»

skandiert, unterstützt wissentlich oder unwissentlich diesen Traum von der Auslöschung des Staates Israel.

Dennoch sind wir Zeugen einer massenmedialen Täter-Opfer-Umkehr, die zu einem alarmierenden Anstieg antisemitischer Äusserungen und physischer Angriffe auf Juden geführt hat. Die beispiellosen Risiken, die Israel eingegangen ist, um den Schaden für die palästinensischen Zivilisten in Gaza – die von ihrer eigenen Regierung als menschliche Schutzschilde benutzt werden – zu verringern, werden völlig ausser Acht gelassen. Gleiches gilt für Israels fortgesetzte proaktive Bemühungen, die humanitäre Hilfe für Gaza zu erhöhen.

Yahya Sinwar, der Hamas-Führer in Gaza, registriert die wachsende Kritik an Israel. Sie bestärkt ihn in seiner Hoffnung, den Krieg zu beenden, solange er noch über genügend Kampftruppen, Waffen und terroristische Infrastruktur verfügt, um Gaza weiter zu regieren. Er erwägt, ob Israel gezwungen werden kann, die Kämpfe einzustellen, ohne weitere Geiseln freizulassen.

Hamas ignoriert UN-Resolution

Kein Wunder, dass die Hamas die in der Resolution 2735 des UN-Sicherheitsrates vom 14. Juni 2024 enthaltene Aufforderung, einen Deal der Geiselfreilassung für einen Waffenstillstand zu akzeptieren, weiterhin ignoriert. Was die Zukunft der israelisch-palästinensischen Beziehungen angeht, so muss jede nachhaltige politische Lösung das Ergebnis direkter Verhandlungen zwischen den Parteien sein. Sie kann nicht einseitig von der internationalen Gemeinschaft oder von Rechtsinstitutionen aufgezwungen werden. Damit ernsthafte Verhandlungen möglich sind, sollte die Hamas vollständig aus der Gleichung gestrichen werden, da es sonst keine echte Chance für eine gemässigte Alternative gibt.

Dazu muss die Hamas von Israel militärisch besiegt und von der überwiegenden Mehrheit der internationalen Gemeinschaft, einschliesslich der Schweiz, zu einer terroristischen Organisation erklärt werden. Der Gazastreifen sollte entmilitarisiert und deradikalisiert werden, einschliesslich des Bildungssystems, das derzeit in den Schulen des UN-Palästinenserhilfswerks UNRWA Hass und Extremismus kultiviert.

Nur dann können die Israelis glauben, dass die Palästinenser ihren Traum von der Zerstörung des jüdischen Staates aufgegeben haben. Nur dann kann es Vertrauen und Hoffnung auf eine Zukunft des friedlichen Zusammenlebens geben.

Ifat Reshef vertritt seit November 2021 den Staat Israel in der Schweiz.